



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: durch die Haupt-Expedition: Blücherstraße 4/6, durch die Abteilung der „Volkswoche“ Neue Gravenstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Bürgermeisteramt Neustadt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugspreis im Inland zu entrichten wöchentlich 2,00 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Ausland 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Bremen 2

Postanschrift: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenanzeige 10 Pf. Anzeigen unter 200 Pf. Veröffentlichungs-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen, Stellengebote, Vereine, Worte 3 Pf., das seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher), in der Haupt-Expedition, Blücherstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Gegen die Saboteure des Volksentscheides.

Neuer Durchführungserlass Severings.

Unsere geflügelten Mitteilungen über gesetzwidrige Behinderung des Volksbegehrens gegen die Fürsten seitens einzelner Gemeinden vorsteher sind nicht vereinzelt geblieben. Wenige Stunden später bringt der „Vorwärts“ ähnliche Fälle aus der Mark Brandenburg und der Provinz Sachsen und veröffentlich gleichzeitig Rundschreiben eines Kreislandbundes und einer Abteilung des „Verbandes der Preußischen Landgemeinden“ (!), die die Gemeindvorsteher geradezu zur Verleugnung ihrer Pflichten aufheben.

Der Preußische Innenminister Genosse Severing hat auf diese Sabotageversuche noch gestern abend damit geantwortet, daß er seine Anordnungen über die Durchführung des Volksbegehrens an die Behörden der Kreisverwaltung mitteilt und dadurch jedem Bürgersitzer die Gelegenheit zur Kontrolle der Gemeindebehörden gibt. Wir bringen nachstehend die wichtigsten Bestimmungen aus Severings Erlass und fordern unsere Genossen in Stadt und Land auf, über die Durchführung zu wachen und jeden Verstoß dagegen unverzüglich der Parteiorganisation des Bezirks mitzuteilen.

Dem Erlass des Preußischen Ministers des Innern über das von der Reichsregierung zugelassene Volksbegehren zur entschädigungsfreien Enteignung der Fürstenhäuser entnehmen wir folgendes:

Ziel des Eintragungsverfahrens.

Nach Zulassung des Volksbegehrens schließt sich das Eintragungsverfahren an. Es geht in der Weise vor sich, daß die Stimmberechtigten, die den von den Antragstellern vorgelegten Gesetzentwurf unterstützen wollen, sich in Listen einzutragen, die während der Eintragungsfrist — 4. März bis einschließlich 17. März — bei den Gemeindebehörden ausliegen. Die Eintragung verfolgt den Zweck, festzustellen, ob die gelegentlich vorgetragene Mindestzahl von Stimmberechtigten gültige Unterstrichen dafür abgibt, daß der vorliegende Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet wird. Wenn dies festgestellt wird, ist die Reichsregierung verpflichtet, den begehrten Gesetzentwurf mit ihrer Stellungnahme beim Reichstag einzubringen. (Art. 73 der Reichsverfassung.)

Form der Durchführung.

Der Preußische Minister des Innern erhält in dem Erlass alle beteiligten Behörden, die Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege zu leiten und weist dabei auf folgendes hin:

Stimmkreise, Abstimmungsleiter.

Die Reichstagswahlkreise gelten als Stimmkreise. Für jeden Stimmkreis ist ein Abstimmungsleiter und ein Stellvertreter zu ernennen und ein Abstimmungsausschuss zu bilden, für die Ernennung der Abstimmungsleiter und die Bildung der Abstimmungsausschüsse gelten die allgemeinen Vorschriften der Reichstagsordnung (§§ 97, 24, 26, 29).

Die Abstimmungsleiter und ihre Stellvertreter werden durch die in der RSD besitzenden Behörden ernannt, und zwar, sofern zu dem Stimmkreis außer preußischen auch Gebiete eines anderen Landes gehören, nach Anhörung der beteiligten Landesregierungen.

In Stimmkreisen, die einen preußischen Regierungsbezirk allein oder in Verbindung mit außerpreeußischen Gebietsteilen umfassen, erfolgt die Ernennung durch die Regierungspräsidenten. In Stimmkreisen, die mehrere Regierungsbezirke der selben Provinz allein oder in Verbindung mit außerpreeußischen Gebietsteilen umfassen, ohne sich auf Gebietsteile einer anderen preußischen Provinz zu erstrecken, geschieht sie durch die Oberpräsidenten. — Die im Betracht kommenden Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten werden erachtet, sofort die Ernennung in die Wege zu leiten und öffentlich bekannt zu machen. Bezeugt wird, daß eine Bekanntmachung von Verbandswahlleitern und Verbandswahlausschüssen nicht in Frage kommt, da für solche Organe im Rahmen des Eintragungsverfahrens kein Raum ist.

Eintragungsschein, Eintragungszeit.

Die Ausübung der Gemeinden mit den für die Eintragung gültigen Eintragungsscheinen, unter Umständen auch mit Anhängen, welche eingebogen, ist Sache der Antragsteller. Sie haben erlaubt, daß die Eintragungsscheine an sämtliche Gemeinden des Reiches verloren werden; auf Verlangen ist der Empfang durch die Gemeindebehörde zu bestätigen. Den Abstimmungsleitern werden unmittelbar Vorbrüder der Eintragungsscheine, die dem vom Reichsminister des Innern zugelassenen Muster entsprechen, zur Kenntnahme vom Reichsminister des Innern zugesandt werden.

Die Gemeindebehörden haben unverzüglich nach Eintragung der Vorbrüder in ordnungsmäßiger Weise bekannt zu geben, wo, in welchen Tagen und zu welchen Zeiten und an welche Orte eingetragen werden können. Weitere angehängte Bekanntmachungen kommen nicht in Betracht.

Die Eintragungsstätte und Eintragungsfunden sind so zu legen, daß alle Eintragungsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragungsfrist sich in die Listen einzutragen. Dabei sind die beruflichen Verhältnisse der Ein-

wohnerchaft zunächst zu berücksichtigen. Auch an den Sonn- und feiertags zur Eintragung gegeben werden.

In größeren Gemeinden können zur raschen Abwicklung des Geschäfts mehrere Räume bestimmt und mehrere Eintragungsscheine gleichzeitig ausgelegt werden. Bei bestehendem Bedürfnis kann eine entsprechende Eintragung auch für die im § 39 REdV bezeichneten Kranken- und Pflegeanstalten getroffen werden.

Zulassung zur Eintragung.

Zur Eintragung ist zu zulassen, wer in die zuletzt (weiterer Wahlgang der Reichstagswiederwahl 1925) abgeschlossene oder laufend geführte Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsfrist ruht. Andere Personen dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie einen Eintragungsschein besitzen.

Bevor die Unterstiftung in die Eintragungsscheine eingetragen wird, hat der Unterstiftung eingetragene Beamte in der vorbereiteten Liste oder Stimmkartei in der für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe bestimmten Spalte eine entsprechende Eintragung zu machen (am besten durch Vermerk der laufenden Nummer, unter der sich der Berechtigte in die Eintragungsscheine eingeschrieben). Zu verwerben ist hierbei in jeder Stimmliste oder Stimmkartei diejenige und zwar die nächst freie Spalte.

Einen Eintragungsschein erhält auf Antrag:

I. ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist;

1. wenn er während der ganzen Eintragungsfrist aus zwingenden Gründen außerhalb des Kreises sich aufhält, in dessen Stimmliste oder Stimmkartei er eingetragen ist; 2. wenn er während einer Körperkrankheit oder Leidens oder Schwangerschaft in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Eintragungsschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstig gelegenen Eintragungsräum zu auszuführen.

II. ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei nicht eingetragen oder darin gestrichen ist; 1. wenn er während Aufenthalts des Sammeltages nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nachträglich weggefallen ist; 2. wenn er Auslandsdeutsch war und seinen Wohnort nach Ablauf der Frist zur letzten Auslegung der Stimmliste oder Stimmkartei in das Land verlegt hat; 3. wenn er nachweist, daß er bei der letzten Auslegung der Stimmliste oder Stimmkartei ohne sein Wissensdanken die Frist zur Auslegung eines Eintrittes gegen die Stimmliste oder Stimmkartei verfüllt hat; 4. wenn er nachweist, daß er erst nach der zuletzt vorgenommenen Abstimmung stimmberechtigt geworden ist.

Inhaber von Eintragungsscheinen übergeben diesen Schein, die Gemeindebehörde kontrolliert diese Eintragungsscheine und verwahrt sie, bis der Erfolg des Eintragungsverfahrens feststeht.

Allgemeines.

Wegen der von den Gemeindebehörden noch weiter zu beachtenden Vorschriften besonderer technischer Art verweist der Preußische Minister des Innern auf einen am 7. März 1923 ergangenen und veröffentlichten Rundschluß über die Durchführung des vom Reichsbund für Siedlung und Bauwirtschaft seinerzeit betriebenen Eintragungsverfahrens für ein Volksbegehren aus Ergründung des Reichsbaudungsgesetzes. Dieser Erlass ist damals sämtlichen Landgemeinden und Gutsbezirken zur fiktiven Aufbewahrung zugegangen.

Gegen die Erteilung mündlicher Auskunft aus den bei den Landräten usw. vorhandenen amtlichen Materialien über Abgrenzung der Stimmbezirke, Zahl der Stimmberechtigten, Einwohnerzahl des Kreises usw. bestehen keine Bedenken. Die Gestaltung in die Einführung in die letzten Wählerverzeichnisse und die Erteilung von Abdrücken hieraus ist nicht zulässig.

Aufforderungen (Plakate) von Parteien usw., die sich für oder gegen den von den Antragstellern vorgeschlagenen Gesetzentwurf aussprechen, dürfen keinesfalls zum Gegenstand einer amtlichen Bekanntmachung gemacht werden, da eine behördliche Bekanntmachung des Reichstages zu vermeiden ist.

Alle bei der Durchführung des Eintragungsverfahrens beteiligten Dienststellen haben auf größte Sparsamkeit bedacht zu sein.

Angewandte Philosophie in Doorn.

Unter der Überschrift „Ein ungelernter Brief aus Doorn“ bringen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgenden Brief zum Abdruck:

„Die Demokratie zeichnet sich durch unerlässliche Hierarchie zwischen materiellen Dingen aus, unter Vernachlässigung alles übrigen um des Gelobes willen (Plato).“

Doorn, 17. Januar 1926. Wilhelm I. R.“

Dazu bemerkt das Leipziger reaktionäre Blatt: „Wir fürchten, dieses an sich sehr geschickte Dokument wird den Chef des Fürstenthürrundums sehr gelegen kommen.“ In der Tat! Dieses Dokument mag unserer Erfahrung nach, mit welcher Freiheit der Halbwertskunde in Doorn seine heraustrichendsten Eigenschaften der „Demokratie“ unterschieden möchte!

Luther und Stresemann fahren nach Genf.

Auflich wird gemeldet: Die Reichsregierung erörterte in der Kabinettssitzung am Mittwoch die mit den bevorstehenden Generaltagen des Volksbundes zusammenhängenden Fragen, wobei sich volle Einmütigkeit der Auffassung ergab. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsinnenminister Dr. Stresemann werden sich als Vertreter des Reiches nach Genf begeben.

Die Front der Demagogen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In den nächsten Tagen wird der Gesetzentwurf mit der angekündigten Senkung der Steuern veröffentlicht werden. Im Mittelpunkt dieses Programmes der Steuerermäßigungen steht die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf 0,6 Prozent. Damit entspricht die Regierung einer Forderung, die in früherer Zeit von allen Parteien vertreten worden ist. Auch in der Erklärung der Regierungsparteien bei dem Antritt des zweiten Kabinetts Luther ist die Ermäßigung der Umsatzsteuer als der erste Schritt des Abbaus der Steuerlasten überhaupt bezeichnet worden.

Umso erstaunlicher ist es, daß die Kritik an dem Programm des neuen Finanzministers vor allen Dingen der Senkung der Umsatzsteuer gilt. Wenn die Sozialdemokratie gegen die Pläne Dr. Reinholds Bedenken geäußert hat, so nur deshalb, weil sie unter allen Umständen die Fähigkeit des Reiches und der Länder zur ausreichenden Fürsorge für die Millionen Notleidenden aufrechterhalten will. Können jedoch, ohne dieses Ziel zu gefährden, Steuern ermäßigt werden, dann ist selbstverständlich die Umsatzsteuer das geeignete Objekt. Das war bisher auch die Meinung aller übrigen Parteien. In den letzten Tagen aber hat sich hierin eine auffällige Wandlung vollzogen. Sowohl vom Reichsvorstand der Deutschen Industrie als auch vom Reichsbund werden mit einem Male Bedenken gegen den Abbau der Umsatzsteuer erhoben und statt dessen wird die vorzugsweise Senkung anderer Steuern verlangt.

Was bedeutet diese Schwankung? Zunächst einmal ist sie das Eingeständnis, daß die bisherigen Angaben über die schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer außerordentlich übertrieben sind. Gleichzeitig aber auch das Eingeständnis, daß die angebliche hohen Steuerlasten keine ausschlaggebende Rolle bei der Wirtschaftskrise spielen; denn würden diese beiden Gründe aufrechterhalten werden, dann müßte man ja froh sein, daß die schwere Last von der Wirtschaft genommen und die Wirtschaftstrieb erheblich erleichtert würde. In Wirklichkeit denken die Unternehmer stets weniger an die Wirtschaft als an ihren Profit. Daher haben sie gar nichts gegen die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer einzubringen, zumal sie auf eine Senkung der Einkommen- und Vermögenssteuer hoffen.

Diesen Zusammenhang erkennt man ganz deutlich, wenn man sich die Wirkung der Senkung der Umsatzsteuer vorstellt. Für die gesamte deutsche Wirtschaft bedeutet die Senkung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf 0,6 Prozent eine Ersparnis von rund 400 Millionen Mark jährlich. Es ist auch möglich, daß infolge der hohen Schadstoffe und der großen Macht der Kartelle dadurch keine Ermäßigungen der Preise eintreten, so daß Produzenten und Händler den Gewinn in die eigene Tasche stecken können. Auf die Dauer aber werden sie diesen Vorteil nicht behalten. Bei freier Konkurrenz müssen die Warenpreise um den Betrag der Steuererleichterung sinken. Bei der Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer wäre es natürlich umgekehrt. Da sie nach dem Willen des Gesetzgebers abgewählt werden soll, werden bei normalen Wirtschaftsverhältnissen mindestens die großen Erzeuger und Händler die Abwälzbarkeit auftreiben.

An diese Zeit denkt das Unternehmertum jetzt bereits. Es schüttet infolgedessen den augenblicklichen Vorteil durch die Senkung der Umsatzsteuer geringer ein als den großen dauernden Nachteil. Diesen dauernden Nachteil sieht man in der Tatlage, daß erstmals, wenn die Umsatzsteuer gesenkt wird, ein Abbau der Besitzsteuern schwer möglich ist. Man rechnet aber auch zweitens damit, daß eine spätere Wiederherstellung der Umsatzsteuer schwer möglich und deshalb unwahrscheinlich ist und man fürchtet schließlich, daß mit steigenden Reparationslasten und steigender Inflationsnot sogar eine weitere Unspannung der Besitzsteuern erforderlich wird.

Die gleichen Unternehmer und Parteien also, die bisher die Umsatzsteuer mitverantwortlich machten für die hohen Preise, die Konkurrenzunfähigkeit Deutschlands und dadurch für die Wirtschaftskrise, suchen jetzt die Ermäßigungen des Umsatzsteuers zu vereiteln. Die Träger dieser Erziehung liegen sowohl bei den Deutschnationalen als auch bei der Deutschen Volkspartei. Selbst im Zentrum, sofern es solche Einflüsse wirksam zu sein scheint, kann man in allen Parteien dem neuen Finanzminister mit Widerstand und Abwehrung. Man hofft von ihm, daß er Steuererleichterungen lediglich bei der Betriebssteuerung einzutreten lassen möge.

Die Front der Demagogen aber reicht über die Regierungsparteien hinaus. Die Deutschnationalen, die das Steuerabbauprogramm für gefährlich und unbürokratisch halten, haben gleichzeitig Anträge getestet, die der Reichssteuer eine weitere halbe Milliarde entziehen müßten. Nach ihrer Logik ist Steuersenkung um eine halbe Milliarde

Die Hauptstädte des ungenügenden Fürstenkompromisses.

Der Rechtsausschuss des Reichstages verabschiedete am Mittwoch bei der ersten Sitzung des Kommissionsschusses über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den vormalig regierenden Fürstenhäusern die §§ 4, 4a, 5 und 6 in der Fassung des Entwurfs. Nach § 4a hat das Reichsondergericht zunächst einen gütlichen Ausgleich zu versuchen. Eine solche Ausprache entspannt sich um die Fassung des § 5, der die Fürstenhäuser enthält, nach denen das Reichsondergericht zu urteilen hat. Die Auseinandersetzung dreht sich vor allem darum, daß bei der Aufteilung der Vermögensstücke zu berücksichtigen ist, ob die eingelagerten Vermögensstücke von den Mitgliedern der Fürstenhäuser seinerzeit aus Gründen eines Privatrechtes oder auf Grund ihrer Souveränität erworben worden sind. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Vermögensstücke bezeichnete, die von vornherein vom Reichsondergericht als Eigentum des Landes anerkannt waren, wurde mit 19 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Annahme des § 5 erfolgte in folgender Fassung:

1. Bei der Zuteilung der Vermögensstücke ist zu berücksichtigen, ob die einzelnen Vermögensstücke von den Mitgliedern der Fürstenhäuser seinerzeit auf Grund eines Privatrechtes oder, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie auf sonstige Weise erworben worden sind, namentlich auf Grund des väterlichen, staats- oder sonstigen öffentlichen Rechts, oder gegen Leistungen, die sie nur durch ihre Souveränität bewirken konnten.

2. Gegenstände, auf deren Besitz ein Land aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit Wert legen muß, Theater einschließlich Theaterturms und zur ständigen öffentlichen Besichtigung freigegebene Schlösser mit Inventar, Museen, Antiken- und Bibliotheken, Parkanlagen und dergleichen erhält das Land auf seinen Antrag in der Regel zum Eigentum.

Ob und inwieweit für solche Gegenstände oder Einrichtungen eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen, insbesondere aber danach,

a) ob sie bereits vor der Staatsumwandlung des Jahres 1918 der Öffentlichkeit zugänglich oder zugänglich gemacht waren;
b) ob sie im ganzen oder teilweise veräußert sind oder nicht;

c) ob ein Nutzungswert vorhanden oder, wie hoch er ist;
d) ob oder in welchem Umfang mit der Unterhaltung Kosten verbunden sind.

3. Bei der Zuteilung von Land- und Forstbesitz an die normalen regierenden Häuser sind die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten (Siedlungsmöglichkeiten, Städteerweiterungen, Schaffung von Erholungsstätten und dergleichen) zu berücksichtigen in Bezug zu diesen.

4. Vermögensstücke der einen Partei sind auf die andere zu übertragen, wenn dies zur Erreichung eines willigen Ausgleichs oder einer billigen Einigung erforderlich ist.

5. Bei der Bezeichnung der den Fürstenhäusern zugeschriebenen Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Hierbei soll einerseits durch Zuweisung aus der Kräfte der vorhandenen Vermögenswerte den normalen regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährleistet werden, andererseits aber berücksichtigt werden, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit eine gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich verschoben ist, und daß die Aussichten in Bezug auf die Zukunftsvoraussetzungen für das ganze Reich zusammengerechnet. Es wäre also nur mit einer kleinen Reichsliste für die Parteiführer zu rechnen, wenn man Wahlberechtigung mit hohen Rechtmäßigkeiten noch mit einem Mandat bedacht werden. Das neue System wäre also ein Verhältnissystem, aber doch so geartet, daß die politischen Persönlichkeiten mehr hervortreten und von den Wählern wahlweise gewählt werden; es wird somit als möglich dem gewohnten starken Bedürfnis der gesamten Bürgerschaft, nicht nur Parteien, sondern auch Persönlichkeiten zu wählen, Rechnung tragen.

Die Reichsbannerrede des Preußischen Ministerpräsidenten. Aus der Hamburger Reichsbannerrede hatte der preußische Ministerpräsident Braun es bewußt, daß einzelne Organe der Rechtspflege im Verkenntnis ihres hohen Berufes sich schüchtern vor diese Feinde der Republik (die Rote war von den Gemeindern) stellen und die öffentliche Belästigung des Treibens der Hintermänner verhindern. Die Deutsche Volkspartei hat deshalb eine kleine Anfrage im Landtag eingebracht, in der sie die Laienheit zu erfahren wünscht, auf die sich die Behauptungen Brauns beziehen. Ferner wird die Belästigung der Richter, Staatsanwälte und Polizeibeamten verlangt, die zu diesem Vorwurf Anlaß gegeben hätten. Die Antwort Brauns wird wohl Zustimme nicht schuldig bleiben.

8. Den Mitgliedern der normalen regierenden Häuser früher zustehenden Zivilisten und ähnlichen Renten (Konfidenz-Renten, Kronrotations-Renten und andere) fallen ohne Entschädigung fort.

9. Den Ländern ist aus den vorhandenen Vermögensmassen ein angemessener Ausgleich für die aus der Übernahme von Verwaltungsaufgaben ehemaliger Hofbediensteter entstehender Kosten zu bewilligen.

Weiterberatung am Donnerstag.

Nichthofen-Boguslawitz und Freytagh-Loringhoven

diskutieren jetzt öffentlich über Taktik in den deutschnationalen Blättern Schlesiens. Nichthofen begründet seine Mandatsniederlegung mit der Unzufriedenheit über den Regierungsaustausch und die Regierungsbildung der Deutschen Nationalen. Er möchte angeblich das deutschnationale Geschäftshaus der Arbeiter auf jeden Fall auf mit den Ministerien stehen, während Freytagh-Loringhoven ihm entgegnet, daß man solche gute Beziehungen am besten durch lächelte Behandlung der Regierung erreicht. Die mittelparteiliche Presse, unter Führung der "Bor", findet Nichthofens Methode der "Zug" nach Steuergebühren ihr Privatinteressen überaus sympathisch, während die "Schlesische Zeitung" keinen ihrer beiden bisherigen Abgeordneten ganz recht gibt und offenbar eine gesunde Mischung von Liebhaberei und Bratlität in der Behandlung der mittelparteilichen Minister für das richtige hält.

Wir übrigen Zuschauer dieser Disputation aber werden mit der Königin im Heineschen Gedicht finden, daß beide Streithähne bei der Auseinandersetzung ihrer Methoden — nicht gerade einen angenehmen Duft verbreiten.

Mus dem Reiche.

Die Rede unseres Genossen Franz Oberschlesien zur schlesischen Trennungsfrage ist gestern in der ganzen Reichspresse und einer Anzahl mittelparteilicher Blätter veröffentlicht worden, daß diese — soweit sie auf Presse-Ehre halten — heute eine Verbindung bringen müssen. Genosse Franz hatte, wie wir bereits mitteilten, für die Provinzientrennung gesprochen, und zwar im Sinne gewisser weitgehender oberösterreichischer Sondermaßnahmen, die über den Gesetzeswurf der preußischen Regierung hinaus gehen. In der Reichspresse aber erscheint er als Gegner der Provinzientrennung, und die in dieser Frage besonders abwendungslösen "Breslauer Neuesten Nachrichten" sprechen auf Grund ihres — falschen — Berichts und ihrer Unterdrückung der ausführlicheren Rede unseres Genossen Hamburger sogar von einem "Umfall der Sozialdemokratie". Die Freude ist freilich die schon zu Ende, da die Rechte aus den Verhandlungen sehen muß, daß der Berichterstatter geschlossen hat, und die Sozialdemokratie geschlossen für das Trennungsgesetz stimmen wird, nachdem sie es im Zuschuß nochmals im Interesse der schlesischen Arbeiterschaft und ihrer sozialen Einrichtungen überprüft haben wird. Die Politik der Behandlung der Oberösterreicher als Preußen 2. Klasse bleibt der Rechten vorbehalten!

Amnestie im Dolchstichprozeß. Durch Beschluss des Amtsgerichts München wurde nunmehr entschieden, daß der sogenannte Dolchstichprozeß (Cohnmann gegen Genosse Gruber vor dem "Münchener Hof") unter die am 21. Dezember in Kraft getretene Amnestie fällt. Insgegenwesen wird die Geldstrafe von 3000 Mark, zu der Genosse Gruber verurteilt worden ist, aufgehoben. Unter die Amnestie ist zwischen den beiden streitenden Teilen außergerichtlich eine besondere Vereinbarung getroffen worden, nach der die erstattungsfähigen Kosten und Klaußlagen jetzt häufig geleistet werden.

Lehrerabbau unter Schwarz-Weiß-roter Regierung. In der Stadt Braunschweig sollen zu Ostern 72 Lehrer durch die Schwarz-Weiß-rote Regierung abgebaut werden, da der Staat der Regierung ein Millionendefizit aufweist. Die Regierung will an der Volksschule sparen, nachdem sie dem Herzog von Braunschweig und der Kirche gegenüber zu freigiebig gewesen ist.

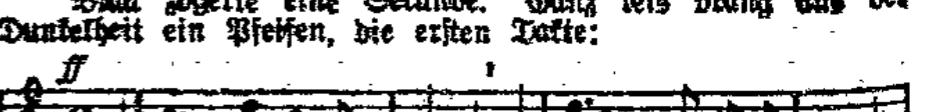
Maxxell hell kelt Strafantrag und lädt zu vorzeigen. Das Gewissen des evangelischen Pfarrers Hell von Berlach bei München ist zweifellos gut. Aber trotzdem nimmt er keine Rücksicht, seit er die Meucheldande des Freikorps Lügau nach Berlach brachte, um die Roten ungeschickt zu machen. Seinem Ruf sind die Lügauer gefolgt. Zwölf Arbeiter von Berlach, nach dem Zeugnis des dortigen Polizei laut "braue Leute" sind, von den Lügauern "umgelegt" worden, nachdem Hell diese Helden in den friedlichen Ort berufen hatte. "Lachen links", das republikanische Witzblatt, hatte nach dem Münchener Prozeß gegen die Mörder der Arbeiter den Pfarrer Hell und einen der Freikorpskämpfer karikaturistisch den Lesern vorgestellt und einen entsprechenden Text hinzugefügt. Dadurch fühlt sich der Prediger der christlichen Liebe gekränkt. Er hat, wie wir erfahren, gegen den Verantwortlichen des "Lachen links", Genosse Wendel, Privatklage wegen Beleidigung vor dem Münchener Gericht erhoben. Aber dieser Appell an Münchener Richter genügt ihm nicht, um seinen Seelenfrieden wiederzuschaffen. Er hat sich, wie die Hugenberg-Breite meldet, an die protestantische Pfarrer Laubenzell bei Nöthenburg verzeihen lassen. Die Liebe seiner Gemeinde zu ihm war inzwischen so stark geworden, daß er vorzieht, sich ihr zu entwinden. In Laubenzell, so hofft er, werden die Schatten der zwölf ermordeten nicht so lebendig sein wie in Berlach, von wo sie in den Tod geführt wurden von denen, die Hell zu seinem Schutz gerufen hatten!

Sie sind zerstreut, Dr. ... Blad, meinte Henry Bright spöttisch. "Woran denken Sie, wenn man fragen darf?" Blad nahm sich zusammen. Benett teilte die Karten. Der Millionär, der als erster Karten erhielt, machte mit zehn Dollars auf, Blad, der ihm gegenüber saß, betete auf zwanzig, keiner der beiden verlangte Karten.

"Hundert," sagte der Millionär.
Benett legte seine Karten fort.
"Zweihundert," stießerte Blad.
Auch Ben legte die Karten auf den Tisch. Nun spielten nur die zwei Männer gegeneinander.

"Dreiundhundert," rief der Arzt.
"Vierundhundert," rief der Arzt.
"Laudend," bestellte Henry Bright.
"Zweiundhundert,"

"Hören Sie doch auf, Wendi," rief dem Arzt zu.
"Herrtausend," ertönte Henry Brights Stimme.
Blad zögerte eine Sekunde. Worauf leis drang aus der Dunkelheit ein Pfeifen, die ersten Takte:



"Zehntausend!" rief er.
"Gut. Ich sehe." Der Millionär warf seine Karten auf den Tisch.

"Was sagen Sie zu vier W., Herr D'Keeffe?"
"Was sagen Sie zu Royal Blue? Herr Bright?"
Der Millionär lächelte.

"Im Kartenspiel, Herr D'Keeffe, haben Sie mich geschlagen. Im anderen aber schlägt ich Sie. Der Stern der Freiheit" wird am letzten Abendstunden Mitarbeiter trauen müssen.

D'Keeffe hatte seine Revolver gezogen, über Ben, der sich unbemerkt hinter ihn geflüchtet hatte, schlug die Waffe aus der Hand. Auch Benetts folgte sich auf den Reporter.

"Sie vertreten großes Interesse für die Hollenkel, Herr D'Keeffe," höhnte Henry Bright. "Sie sollen sie noch genau kennen lernen."

Er wurde sich mit einem plötzlichen Wutschub auf Benetts und Ben's.

"Nächste Partie im Kartenspiel." (Ende folgt)

C. J. S.

Roman von Lawrence S. Derry.

43] Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen.

Augenblicklich freilich schwie der Herr der Hotel seinen Bedenken zu geben, denn er forderte den Arzt auf, den Abend in der weißen Villa zu verbringen und unterhielt sich beim Diner angedeutlich mit ihm.

"Sie sprechen wie ein Engländer", sagte er einmal leichtlich, "nicht wie ein Amerikaner."

"Meine Mutter war eine Engländerin", erklärte der Arzt. "Sa. Schon, ich hörte einmal, daß Frau Blaß eine Spanierin gewesen sei. Die Seite erzählten ja so eine Geschichte."

Als sie nach dem Diner im geräumigen Wohnzimmer lachten und der schwarze Diener die Kerzen auf dem Spieltisch anzündete, fragte Henry Bright unvermittelt:

"Spielt man bei euch in England immer noch so viel Geld?"

"Der Arzt würde dir vertrauen an." "Wie soll ich das wissen, Herr Bright? Ich war nie in England."

"Nicht wie gespielt ist da. Vergessen Sie, Dr. ..."

"Blau." "Blau", dachte Blaß bei sich, "hat der verfluchte Arzt erhebt. Das kann ja ein gewöhnlicher Club werden."

Sie legten sich auf den Spieltisch, saßen, der geben sollte; Blaß zog einen Astur, Henry Bright ein Zigarette.

"Spiel mir bei uns in England immer noch so viel Geld?" fragte der Millionär mit einem leichten Schmunzeln, "bis jetzt habe ich die bessere Partie gespielt."

"Das Spiel beginnt erst", erwiderte ebenfalls lächelnd der Arzt.

Der Millionär zündete W. an. "W.", "Werner! Werner! Sind im Spaten untergebracht?"

"Dreizehn, Herr Bright, wie Sie bestellen."

"Soll ich Sie noch legen zu lassen, Dr. Blaß? Ja, bis jetzt habe ich die bessere Partie."

Sie begannen zu spielen.

Eines plötzlichen im nächsten Zimmer bei kleinen Höfen, was Blaß hörte und wußte. Darauf ließte eine fröhliche Gestalt aus Blau, lächelte sie mit einer großen Hand, lächelte sie gelassen und lächelte.

"Was zum Teufel soll ich jetzt machen?" knurrte Tomm.

"Du sollst ja was werden! Wenn du nur mögl., wie der verfluchte D'Keeffe für diese Nacht."

Er freute sich und wußte nicht, ob eine Säulenfür

zu sein.

In der Dunkelheit kam nun eine Säule entzündet. Ein

große Partie im Kartenspiel.

Umfall Chamberlains in der Frage der Ratsätze.

Der englische Außenminister Chamberlain hat sich am Mittwoch in einer Rede in seinem Wahlkreis Birmingham über die Vermehrung der Völkerbundsratsätze ausgesprochen und diesmal angekündigt, daß es kein unabdingbarer Gegner einer gleichzeitigen Schaffung mehrerer neuer Ratsätze sei. Seine Bemerkungen beziehen sich offenbar auf die Wünsche Polens. Chamberlain erklärte, von 11 Ratsmitgliedern könnten unter Umständen 6 als direkt an einem Streitfall interessierte Parteien von Aktionen fernbleiben müssen, so daß dann eine Minderheit des Rates entscheiden würde.

Das kann allerdings auch an einer weiteren Vermehrung der Ratsätze noch möglich sein, während die offene Frage der besseren Vertretung der kleinen Staaten durch die Zuteilung eines Sitzes an Polen eher gehemmt als gefördert wird.

Die polnische Regierungspresse unter Führung des Krakauer „Czas“ hatte schon in den letzten Tagen die Hoffnung ausgesprochen, daß eine englisch-französische Verständigung in den Fragen Syriens und Mossuls zu einem Entgegenkommen Chamberlains an die polnischen Völkerbundswünsche führen würde. Dieser Handel scheint jetzt trotz der Warnungen der englischen Opposition abgeschlossen worden zu sein. Polen wird damit seine Auseinandersetzungen mit Deutschland bald durch einen eigenen Vertreter im Völkerbundsrat führen können und sie nicht den Franzosen und Tschechen überlassen müssen. Zu besonderer Aufregung scheint uns deswegen ein Anlaß vorzuliegen, da in der Völkerbundversammlung Polen ja ohnehin vertreten war und im Rat seine Sache auch bisher durch seine Verbündeten wahrgenommen wurde. Stegemanns Hoffnung auf alleinigen Einzug Deutschlands in Genf schwindet freilich dahin, wie noch manche der unfruchtbaren Rocarnohoffnungen dahingehen wird. Allerletzte Hoffnung der Gläubigen ist jetzt, daß das englische Kabinett seinem Außenminister nicht zustimmen wird. Ob das lange in einer solchen Frage möglich sein wird?

Völkerbundkommissar Calonder über die Verhaftungen in Osthabschlesien.

Kattowitz, 24. Februar. (Eigener Nachrichten) Der Präsident der Gemeinsamen Kommission für Osthabschlesien, Calonder, empfing am Mittwoch Vertreter der polnischen und deutschen Presse, um seine Auffassung über die Verhaftungen in Osthabschlesien darzulegen. Er bestätigte die Erklärungen des polnischen Staatsanwalts, nach denen die Strafuntersuchungen sich nicht gegen den Deutschen Völkerbund als solchen richten. Der Völkerbund sei eine für den Minderheitenschutz im Sinne der Genfer Konvention unvergleichliche Organisation, die stets in lauscher und korrekter Weise ihre Aufgaben erfüllt habe. Calonder fuhr wörtlich fort:

„Es wird sich also in Wirklichkeit um Strafverfolgungen handeln, die gegen bestimmte Personen gerichtet sind. Die verhafteten Personen, darunter einige Angehörige des Völkerbundes, werden beschuldigt, Verbrechen gegen den polnischen Staat begangen zu haben. Die Beurteilung dieser Strafprozesse ist eingig und allein Sache der zuständigen polnischen Gerichte. Weder die Gemeinsame Kommission noch ihr Präsident sind kompetent, sich mit dieser Angelegenheit in einem prozeßualen oder Beschwerdeverfahren irgendwie zu befassen.“

Dagegen besteht ein allgemeines Strafgerichtsrecht des Präsidenten der Gemeinsamen Kommission, das sich auf die richtige Ausführung des ganzen Vertrages und auch auf alle Fragen, die das Verhältnis der zwei Vertragstaaten zu ihren Minderheiten in Osthabschlesien betreffen, erstreckt. Es ergibt auch die gespannte Situation, die durch die strafrechtliche Verfolgung von Minderheitsangehörigen wegen politischer Verbrechen entstehen. Vieles Aufsichtsrecht übt der Präsident auf diplomatischem Wege aus und zwar durch Vermittelung des von einem jeden der beiden Regierungen bei der Gemeinsamen Kommission akkreditierten Vertreters, der den Titel Staatsvertreter trägt. Die dem Artikel 585 entsprechenden diplomatischen Bemühungen zur Beruhigung und Befriedung Osthabschiens geben eine sehr wichtige Aufgabe des Präsidenten, die sich naturnäher formell und inhaltlich den jeweils auftauchenden Fragen anpassen muß. Sowohl es sich um Angelegenheiten strafrechtlicher Natur handelt, beschrankt sich diese diplomatische Aktion auf Anregungen, welche die Souveränität der Gerichte in keiner Weise antasten. Diese diplomatische Funktion hat der Präsident im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der Gemeinsamen Kommission in einem früheren ähnlichen Falle, nämlich in dem gegen zahlreiche Angehörige der politischen Minderheiten Deutsch-Osthabschiens gerichteten sogenannten Insurgenten-Strafprozeß nach folgenden Gesichtspunkten ausgeübt:

1. Vermeidung unnötiger Verhaftungen unter möglichster Abklärung der Provinzialherrschaft.
2. Mögliche Beschleunigung des ganzen Verfahrens zu dem Zweck, damit die Angeklagten möglichst bald unter Anklage gestellt oder von der Anklage entbunden werden und daß die Angeklagten möglichst bald von dem zuständigen Richter verurteilt werden können.
3. Unbedingte Offenstlichkeit aller Gerichtsverhandlungen, damit die Gründe der Verurteilten der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung voll und ganz zugänglich seien.
4. Rücksichtnahme auf die Familien der Angeklagten und auf die allgemeine Lage der Minderheiten.

Rüdigung des Deutschtums in Polen.

Der „Kasper Waszowksi“ bringt lehrreiche Ausführungen über die Zahl der Deutschen in Polen. Die Ziffern aus dem Jahre 1910 werden mit denen von 1921 verglichen, dem Jahr der letzten polnischen Volkszählung. Danach ist die Gesamtzahl der auf dem Gebiete der heutigen Republik Polen wohnenden Deutschen von ehemals 2,5 Millionen auf 1 082 628 zurückgegangen. Dem deutschen Volkstum in Polen sind somit anderthalb Millionen oder fast ein Viertel seines Vorkriegsbestandes verloren gegangen. In Polen und Pommerellen machen die Deutschen vor dem Kriege 40,1 Prozent der Bevölkerung aus, im Jahre 1921 dagegen 17,1 Prozent. In Kongresspolen ist der prozentuale Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung von 5,54 Prozent auf 1,5 Prozent gesunken, in Wolhynien von 4,8 Prozent auf 1,7 Prozent, in Galizien von 11 Prozent auf kaum 3,4 Prozent. Angesichts der starken Völkerflucht der deutschen Bevölkerung hält das polnische Blatt einen dezidierten Rückgang für um so bedeutsamer. Denn es muß dabei „der kulturelle Wert und die Organisationsfähigkeit der Deutschen im Vergleich etwas zu den anderen nationalen Minderheiten Polens in Betracht gezogen werden.“

Der Preußische Landtag.

Erledigte die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Verhandlung übertragbarer Krankheiten und des Gesetzentwurfes zu dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Österreich über die gegenseitige Durchsetzung der Schulpolitik ihrer in dem anderen Staat wohnenden Staatsbürger durch Übereinigung an die zuständigen Ausschüsse. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzes der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein Klein-Gardau, Sonntag, den 28. Februar. Auftreten am „Zelt des Heiles“, mittags 12½ Uhr, zur Gesellenfeier in Klein-Malschwitz. Kameraden, da alle Abmachungen mit dem Kriegerverein und Stahlhelm von diesen nicht gehalten wurden, veranlaßten mir die Heile für uns. Um rege Beteiligung wird ersucht. — Die Parteigenossen der Ortsgruppe Klein-Gardau nehmen ebenfalls teil. Auftreten ebenfalls 12½ Uhr.

Der Vannersführer.

Olszachin, SPD, Ortsgruppe. Freitag, 26. Februar, findet bei Schmittmann, Olszachin abends 7 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Steine. Eine öffentliche Volksversammlung, die von der Ortsgruppenleitung der SPD am Sonntag, den 21. Februar, in Stein einberufen wurde, war trotz der schlechten Witterung noch gut besucht. Als Referent war Genosse Hananat-Breslau erschienen, der in leichtverständlichen Ausführungen über Fürstenrechte und Völkerbundschafft sprach. An Hand von reichem Material überzeugte er die Versammlungsbesucher, daß es unhörbar ist, welche unverhohlene Forderungen an das in tiefer Not befindliche deutsche Volk zu stellen. Es sollte doch eine Selbstverständlichkeit sein, über die gar nichts gerecht zu werden braucht, daß man diese Sippenschaft, die doch an der Not des deutschen Volkes schuld ist, nicht noch nachträglich mit Milliardenbelohnungen belohnt. In jedem anderen Lande würden diese Forderungen der Fürsten und ihrer Mätressen mit Hohngelächter abgewiesen werden. Trotzdem gibt es bei uns noch Leute, die sich darüber vor die Hohenzollern stellen und ihnen helfen möchten. Dass die Ausführungen den Anwesenden zu denken gaben, bewies der reiche Besuch. Mit einem Hoch auf die Deutsche Republik wurde die Versammlung geschlossen.

Steine. Gründung einer neuen Ortsgruppe des Reichsbanners. Am 21. Februar machte Banner Herrmann, Stein, einen Uebungsmarsch über Jannowitz. Ueberall standen, um möglichst eine Ortsgruppe zu gründen, damit auch in dem reaktionären Winkel unsere Farben Schwarz-Rot-Gold wehen. Kamerad Paeckold sprach über Begründung des Völkerstaates, Befestigung und Schutz desselben durch das Reichsbanner und führte den Anwesenden, welche sehr zahlreich erschienen waren, vor Augen, wie der deutsche Bürger vor dem Kriege durch die Herrschaft der Hohenzollern geprägt wurde, und daß jeder deutsche Bürger erstmals bemüht sein muß, die Errungenheiten, die wir in dem heutigen Völkerstaat haben, zu erhalten und zu verteidigen. Dass dieser Vortrag den Anwesenden zu Herzen ging, bewies der reiche Besuch. Darauf wurde zur Gründung der neuen Ortsgruppe geschritten, und es meldeten sich gleich zwanzig Männer. Kamerad Salasie II sprach vor der neuen Ortsgruppe über Zweck und Ziel unserer Bewegung und forderte jeden ehrlichen Republikaner auf, in das Reichsbanner einzutreten. Kamerad Wiesner, Jindel erklärte sich bereit, den provisorischen Vorstand zu bilden und seine ganze Kraft der neuen Ortsgruppe zu widmen. Zuletzt begrüßte Kamerad Salasie II die neue Ortsgruppe mit einem dreifachen „Frei Heil!“ und Singen des Bannerliedes. Darauf bat Banner Herrmann den Rückmarsch an, um an der öffentlichen Volksversammlung, welche von der SPD einberufen worden war, teilzunehmen.

Schätzl. Das Reichsbanner rief am Sonntag, den 21. Februar, zu einer republikanischen Kundgebung auf, bei welcher der Bannenträger Kamerad Peiffer-Breslau persönlich das Referat übernahm. Er verstand es, die Zuhörer durch seinen Vortrag über das Renten- und Versicherungswesen zu ziehen, um nahm er sich die Forderungen der Hohenzollern und ehemaligen Fürsten vor. Er ermahnte die Reichsbanner-Kameraden, den freien Geist der Kameradschaft und die Einigkeit zu pflegen. Dass der Redner aus den Herzen der Zuhörer gesprochen hatte, zeigte der Besuch am Schlusse seiner Ausführungen. Alles in allem war die Kundgebung für das Stimmvolk Reichsbanner ein Erfolg, und die Monarchisten werden neidisch die Befreiungskämpfer über den letzten Aufstieg der republikanischen Bewegung am Ort. Die Kundgebung hat uns auch wieder neuen Ansporn zu unserer noch schweren Arbeit gegeben. Auf! Durch Kampf zum Sieg!

Deutsch-Pissa. Mitglieder-Versammlung der SPD. Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Genossen Striebel unsere Mitgliederversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Genosse und jede Genossin erscheinen. Auch durch Mitglieder eingeführte Gäste werden Zutritt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Redner: Genosse Stante, Breslau.

Poitzsch, Volksversammlung. Hier hatte die Partei am Sonntag, den 21. Februar, zu einer öffentlichen Volksver-

sammlung mit dem Thema: „Volksselbst und Fürstenabschaffung“ aufgerufen. Der Saal war so voll, daß viele von den Anwesenden keine Sitzgelegenheit mehr fanden. Genosse Grätzl hatte für den plötzlich verhinderten Genossen Schieffer das Referat übernommen und wies den Anwesenden die Not der Gewerkschaften und Kurzarbeiter als Folge der deutschnationalen rücksichtslosen Wirtschaftspolitik nach. Dann hieß es der Versammlung an Hand von Zahlen die Forderungen der ehemaligen Hohenzollernfürsten, ihrer Mätressen und ihrer sonstigen Anhänger und die Einstellung der einzelnen Parteien dazu vor Augen. Auch stellte er die ungerechte Steuerpolitik der Luther-Schreiber-Siegler-Gesetzgebung. Der Wunsch, eine Ortsgruppe der Partei zu errichten, ging in Erfüllung. Es meldeten sich 3 Frauen und 12 Männer zur Aufnahme. Es wurde der Vorstand gewählt. Die Walzener Reichsbannerkapelle gab noch einige Marsche zum besten. Mit dreifachem Hoch auf die Republik ging die Versammlung aus. Eine Zellerammlung brachte 8 Mark ein. Wir wünschen der neuerrichteten Kämpferstaffel Glück und Erfolg!

Neumarkt. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern nebst Angehörigen und Bekannten ist der am Sonnabend, den 27. Februar, 8 Uhr abends, stattfindende G.G.-Film aufs wärmste zu empfehlen. Karten sind in der Konsumverteilungsstelle noch zu haben. Eintritt frei.

Würtzburg. Mitglieder-Versammlung. Freitag, Parteimitglieder. Sonntag, den 28. Februar, 8 Uhr abends, „Zum gelben Löwen“, wichtiges Mitgliederseminar im Lüneburg. Tagesordnung: 1. „Der Milliardenhunger der Fürsten und das Volksthegehr!“. 2. Kommunale Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Da der sachkundige Referent noch am selben Abend weiterreisen muß, ist pünktliches Erreichen vor allem erforderlich. Parteimitglieder, ersucht Freunde und Bekannte, an der Versammlung teilzunehmen!

Die Bürgermeisterewahl wird in der am morgigen Freitag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung vollzogen. Des weiteren stehen zehn Tagesordnungspunkte zur Beratung.

„Die Dummen sollen nicht alle werden!“ Anhängernd Freunde für Kriegsgefreite haben für Sonntag einen Lichtbildvortrag „Das Meer und die Luft“ angekündigt. Dass die Arbeiterschaft solchen Veranstaltungen keine Unterstützung zu teilen werden lassen sollte, bedarf eigentlich keines Hinweises. Was der Krieg, das so geprägte Stahlbad, für eine Hinterlassenschaft dem deutschen Volke gebracht hat, davon legt die jetzige Wirtschaftskrise mit ihrer erschreckenden Erwerbslosigkeit bereites Zeugnis ab. Einen Lichtbildvortrag, wie Offiziere an langen, gutgedeckten Tischen schauten, große Kriegerfriedhöfe, Verstümmelungen, noch jetzt in Lazaretten gepflegte Kriegszeuge an der Weinwand vorbeiziehen zu sehen, würde als Abschluß jedem Kriege bessere Wirkung ausüben.

Breslauer Produktionsbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktionsbörse vom 24. Februar 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab kleinster Verabrechnung in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Buttermitteln, die sich Stückparität Breslau verdienen). Tendenz: Getreide: Weizen gehobt. Auswurftreies, Schweser, für Exportzwecke geeignete Brotsorten wird höher bezahlt. Getreide: Rübig - Weiß - Rübig - Sammelerei: Rübig, Schwedenklee und Geradella steifer.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg): mittlerer Art und Güte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	24.	25.	Getreideaten	24.	25.
Mais 74 kg*	22,00	23,00	7. Winteraps	32,-	
Roggen 71 kg*	14,20	14,20	Leinamen.	32,-	
Hafet, neuer	14,80	14,80	Senfblumen neu	86,-	
Braunerl, neu	15,50	15,50	Hanjawat	22,-	
Winter-Gerste	14,00	14,00	Mohn, blau neu	108,-	

* Getreide: ham. Effektgewicht.

Amtliche Notierung für Mähnerzeugnisse (je 100 kg):

24.	25.	24.	25.		
Weizenmehl*	34,50	34,50	Müs zugmehl	40,00	40,00
Roggengemehl*	23,00	23,00			

*) Getreide werden höher bezahlt.

Sämereien Landware (für 50 kg).

geringe	mittlere	gute	geringe	mittlere	gute
Rötelie.	—	70	115	Timothi	—
Weizklee.	—	46	70	alles seidfrei	—
Schwed. Klee.	—	59	90	Rangas	—
Gehlklee.	—	20	31	Seradella, alt	—
Infamat, neu	—	—	—	Seradella, neu	12 15

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewöhnlicher Reinheit und Keimschärfe entsprechend höher. Alles leichte Sorten und inländische Sorten, außer Luzerne.

Werkt ständig für unsere Zeitung!

Einer der größten Brände vernichtete in Cardiff das Geschäftsviertel der Stadt, das unter dem Namen Cardiffs Cowenward bekannt ist. Das Feuer wütete fünf Stunden und vernichtete 18 große Geschäftshäuser. Der Schaden wird auf 1 250 000 Goldmark geschätzt.

Ein Sportfliegerungl hat sich Mittwoch nachmittag in Paris am Eiffelturm ereignet. Ein Fliegerleutnant wollte unter den Pfeilern des Eiffelturms hindurchfliegen. Er hatte zwei Filmoperatoren in Kenntnis gesetzt, die seine Flugleistung aufnehmen sollten. Als das Flugzeug versuchte, unter den Pfeilern hindurchzukommen, fiel der Apparat mit einem Flügel an den Antennen der Funkstation hängen und überzog sich. Das Flugzeug verbrannte, der Flieger wurde völlig zerstört unter den Trümmern getötet.

Eine Verbrennerbande von 164 Köpfen verhaftet. „Tribuna“ meldet aus Palermo, daß in der Provinz eine Verbrennerbande von 164 Köpfen gefangen gesetzt wurde; 45 sind entkommen. Die Bande hat mehr als 30 Morde begangen.

Der Revolutionsfilm im historischen Kostüm.

Das russische staatliche Film-Konzern hat aus der Garderobe des letzten Zarenpaars und ihres Hofstaats nicht weniger als fünftausend Uniformen, Krönungsstoffe und der gleichen und einige tausend chinesische, türkische und ukrainische Nationalstoffe erworben, um damit einen Film auszustatten, in dem die Revolution von 1905 dargestellt werden soll. Die Regisseure haben den größten Wert darauf gelegt, das Kostüm des Helden,

Stadt-Theater

Donnerstag, 8 Uhr:
Siegfried.
Freitag, 7½ Uhr:
Rigoletto.
Sonnabend, 8½ Uhr:
Die Meistersinger
von Nürnberg.

Lobethaler

Donnerstag, 8, Tel. Rg. 6774.
Donnerstag, 21. Febr., 8 Uhr.
Freitag, 22. Februar, 8 Uhr:
César und Cleopatra.

Thalatheater

Schwerinstr. 3, Tel. Rg. 6700.
Donnerstag, 25. Febr., 8 Uhr.
Freitag, 26. Februar, 8 Uhr:
Vorstellung
zu vollständigen Breitern:
Der Höllische Beluberg.

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.

Donnerstag, Sonnabend
und täglich 8 Uhr:
Golfspiel Ell Leux

Zutreten Walter Jankahn

Die Zerejina.

Freitag 8 Uhr:
Golfspiel Ell Leux

Zutreten Walter Jankahn

Der Orlow.

Sonntag nachmittag 3½ Uhr:

Der Kästebinder.

Buchhalle Volkswacht

Modernes Antiquariat

Breite 3, Neue Grapenstraße 5

Lieblich-

Theater

Telephon Stephan 3646.

**Die letzten
Vorstellungen
des
Februar-Programms
mit dem
europäischen Fakir**

To Rhama

..... 10785

Sonntag, 28. Februar:
Nachmittags 3½ Uhr und
abends 8 Uhr:

2

Abschieds- u. Ehren-
Vorstellungen für

To Rhama

und das überaus erfolgreiche
Februar-Programm!

Victoric-

Theater - Tel. R. 2297.

Ab Sonnabend
8½ Uhr:

Gastspiel des
Herrnfeld

Theaters mit

Stall Meyer

mit y

Der größte Lacherfolg
dieser Saison mit

Anton Herrnfeld

Ferd. Grünecker

Vorverkauf hat begonnen

an M. bis 3.50

Unter-

richt

an der

Reichshof

Modernes Antiquariat

Breite 3, Neue Grapenstraße 5

Masken

Theater - Redouten - Kostüme

neue erschöpfende preisgekrönte

wie leicht hilft dieses Theater

Messergasse 59

Telefon Old. 996

H. Wiersing

Ausschank
nur

morgen Freitag

den 26. Februar

Wiesner-Brauerei

3319 Neumarkt 27

Das bekannte

Wiesner-Bier

in Flaschen

wird frei Haus

geliefert.

Sprechapparate * Schallplatten

der beste Fabrikat — Schallplatten-Reparaturen

Violinen, Cellinen, Hörner, Lauten, Gitarren

Flöten, Mandolinen, Trompeten, Piccolos

Zithern, Harmonikas p. billigste Preise

Marken — Breslau

Friedr. Nelsel Klosterstr. 37

Gasthof „Schwarzes Ross“

Likörfabrik

Theodor Wepke

Matthiasstr. 88.

Fernspre. Old. 9167.

Alot Bresl. Brannwein per Liter

Wacholder-Vermouth . per Liter

Jamais-Rum-Vermouth . per Liter von

Liköre per Liter von

Rotwein zu Glühwein per Liter

Tortadon per Liter

Melone per Liter

Beetl-Sauerk per Liter

Alles Old. 9167.

Prokurator

Besitzt die Rückseite des

Weltberühmten Lern- und

die von Arbeitsmännern aller Nationen

gestochenes und verarbeitete

Lieblich-Theater.

Sonntag, den 28. Februar, 10 Uhr.

Vortrag To Rhama

über Auto-Suggestion. — Vorführung der berühmt gewordenen Nadel-Experimente und tollkühnen Hypnosen an Krokodilen, Riesenschlangen und Löwen.

10786

Billige Eintrittspreise von 0.50 Mk. bis 2.50 Mk.

Vorverkauf: Theatertasse und Verkehrsbüro Barasch.

Unser Geheimnis!

1000 Haar-Hüte

fehlerfrei per. Qualität

durchweg 7.90

Ein Riesen-Posten

Well-Hüte 4.90

reguläre gute Qualität

Mützen für Herren und Knaben in

fabelhaft großer Auswahl

zu stauen und billigen Preisen.

Seal! Wo?

nur bei

Schönfeld & Co

Schmiedebrücke Ecke u. Filialen.

Druckerei Volkswacht

liegt moderne Drucksachen

Preis 2 Pfennig

Ritterstraße 4/6

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

10786

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Februar.

Mobilisiert!

Betriebsvertrauensleute und Parteigenossen!

Die bürgerliche Presse schweigt die unverschämten Forderungen der Fürsten konsequent tot. So erfahren die Arbeiter, Beamte und Angestellte, die noch die bürgerliche Presse lesen, nichts über die ungeheuren Vermögenswerte, die das deutsche Volk den Ausgeissen und Unschuldigen geben soll. Um so mehr ist es Pflicht, in den Betrieben darauf hinzuwirken, daß die "Volkswoche" in allen Arbeitersammlungen Eingang findet.

Die "Volkswoche" hat schon zahlreiches Material über die Fürstenabfindung gebracht und wird in den nächsten Wochen noch viel mehr darüber bringen. Wir empfehlen unseren Genossen in den Betrieben, in den Werkstätten und Büros, austürrendes Material

aus der "Volkswoche" auszuschneiden

und in den Betrieben zirkulieren zu lassen. Man kann es herumgeben oder es an leicht erkennbarer Stelle in den Arbeitsräumen anbringen. Dort haben dann alle, die noch die bürgerliche Zeitung lesen, Gelegenheit, wenigstens das wichtigste Material kennenzulernen. Damit können wir den Wirkungskreis unserer Agitation für den Volksentscheid erweitern.

Es gehört allerdings dazu auch, daß wir in den Arbeitsräumen nicht müde werden, wieder und wieder auf diese wichtige Angelegenheit zurückzukommen. Die Sozialdemokratie hat die Forderung gestellt:

Entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Sie muß durchgeführt werden können, wenn unsere Genossen in den Betrieben alles daran setzen, die Notwendigkeit dieser Forderungen in die Gehirne einzuhämmern, wenn sie in den nächsten Tagen dafür sorgen, daß die Belegschaften über die Art und den Modus des Volksentscheids hinreichend aufgeklärt werden.

Der Konsum- und Sparverein "Vorwärts"

hielt am Montag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine, bis auf den letzten Platz gefüllte, Mitgliederversammlung ab. Genosse Wünker hielt einen Vortrag über die "Wirtschaftskrise und die Genossenschaft", aus dem folgendes zu entnehmen ist. Als eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Krise ist zunächst die mahlende Überproduktion des Handels anzusehen, die eine Steigerung von 60-80 Prozent aufzuweist hat. Auch die Handelspolitik, die keinesfalls im Interesse der großen Masse der Verbraucher geführt wird, hat zur Verschärfung der Krise beigetragen. Die Folgeerscheinungen zeigen sich in der hohen Zahl der Konkurse, die in diesem Jahre rund 2000 beträgt. Die Zahl der zu Protest gegangenen Wechsel ist ebenfalls auf 25 000 angewachsen. Die Finanz- und Kreditpolitik führte zu einer fast 60-prozentigen Vermehrung der Banken, die heut nur ein Kapital von 5-6 Millionen Spargeldern zu verwalten haben, während in der Vorzeigezzeit ein solches von 10-20 Millionen vorhanden war. Die Kapitalarmut drückt sich offensichtlich in der bedrängend gelegigen Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter aus. Während Industrie und Großhandel die Krise durch Kartelle und Trusts teilten und zur Bildung von Weltkartellen übergehen, hat die große Masse der Verbraucher die Krise noch nicht erkannt, die in einer reinen Preisdictatur liegt. Diese Gesicht kann aber wesentlich vermindert werden, wenn auch die Konsumenten zu einem freien Zusammenschluß kommen, die ihre Spize in der Großmarktgemeinschaft (G.M.) deutscher Konsumvereine hat. Jeder Verbraucher muß deshalb lautend Mitglied des Konsum- und Sparvereins "Vorwärts" und damit der "G.E.G." werden, um im eigenen Interesse an einer planmäßigen Bedarfs- und Gemeinschaftsarbeit mitzuwirken.

Nach reichem Beifall sprach Genosse Hoffmann über die Aufwertung der Einlagen in der Genossenschaft. Er ging auf die in Frage kommende Generalsammlung zurück und führte aus, daß erst vor wenigen Wochen die gesetzliche Regelung der Aufwertungsfragen erfolgt sei. Unsere Genossenschaft hat eine Aufwertung bereits bei Einführung der Reform vorgenommen. Diese vorläufige Aufwertung, die sich nur auf die Spargelder erstreckt und mit 20% auf die Geschäftsannteile infolge der unübersichtlichen Geschäftslage unterblieb, betrug bereits 15 Prozent, während heut die öffentlichen Sparkassen zu einer Aufwertung von nur 12% Prozent verpflichtet sind. Der Konsum- und Sparverein "Vorwärts" geht über diesen Satz hinaus und wird die Spar-einlagen mit 25 Prozent aufzuwerten. Über die Aufwertung von Geschäftsannteilen sind zwar keine Bestimmungen getroffen, doch wird auch hier eine solche von 25 Prozent vorgenommen. Hieraus ist zu erschließen, daß nicht nur die Interessen unserer Mitglieder gewahrt sind, sondern auch ihren Wünschen in weitgehender Weise Rechnung getragen wird. Es darf kaum nötig sein, besonders hervorzuheben, daß in den Genossen dieser Aufwertung nur die hinzukommenden Mitglieder kommen können. Notwendig ist die Einladung der Mitgliedsbücher, die in der Verteilungsstelle gegen Beuthit abgegeben werden müssen.

Der lebhaft Beifall ließ erkennen, daß die Maßnahmen der Verwaltung gebilligt werden und die Mitglieder gewillt sind, an dem weiteren Ausbau unserer Genossenschaft tätig zu sein.

An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Weisner, Embrosius, Hampel, Bießel und Knorr.

Die Versammlung wurde als ein voller Erfolg für den Konsum- und Sparverein "Vorwärts" zu buchen sein. B.

Der Umsteigeverkehr auf der Straßenbahn.

Es bestehen immer noch Unklarheiten bei den Fahrgästen der Straßenbahn, in welchen Fällen beim Umsteigen Fußweg zu gelassen sind, falls die Anschlagslinie nicht unmittelbar abzweigt oder kreuzt. Zurzeit gilt das folgende Stellen:

1. Durch die Poststraße zwischen Ohlauer Straße und Albrechtstraße von Linie 6 auf Linie 1 bzw. 21 und umgekehrt, aber nur in Richtung nach Scheitnig oder Strehlener Tor.

2. Durch die Sadowastraße zwischen Kaiser-Wilhelm-Straße und Bohrstraße, von Linie 2 auf Linie 6, sowie von Linie 6 auf Linie 2, aber nur in Richtung nach dem Süden der Stadt.

3. Durch die Feldstraße zwischen Klosterstraße und Ohlauer-Ufer von Linie 4 und 5 auf Linie 1 und 21 in Richtung nach Scheitnig bzw. umgekehrt in Richtung nach Morgenau oder Klein-Tschansch.

4. Im Zuge des Ohlauer-Ufers, zwischen Lessingplatz und Garneistraße von der Gürtelbahn auf Linie 16 bzw. umgekehrt nach beiden Richtungen jeder Linie.

5. Durch die Katharinenstraße zwischen Albrechtstraße und Neumarkt von Linie 1 und 21 von Scheitnig auf Linie 10 und 11 in Richtung nach dem Gneisenauplatz oder umgekehrt in Richtung nach Scheitnig.

6. Über den Ring, zwischen Ring (Baratshseite) und Blücherplatz von Linie 2 E und 3 auf Linie 10 und 11 in Richtung nach dem Gneisenauplatz, umgekehrt nur auf Linie 3 in Richtung nach Gedächtnistrasse.

7. Durch den Schiebinger Stadtbach zwischen Graupenstraße und Museumstraße, von den Linien 10 und 11 auf Linie 18 in Richtung nach Scheitnig sowie von Linie 18 aus Scheitnig kommend auf die Linien 10 und 11 in Richtung nach Gräblicher.

8. Durch die Brunnensstraße zwischen Oberstraße und Bohrstraße von den Linien 15 und 17 auf Linie 6 nur in

Richtung nach dem Strehlener Tor, sowie umgekehrt nach Helmutstraße und nach der Stadt für Linie 15 bis Sadowastraße und Linie 17 bis Zwingerplatz.

9. Durch die Taschenstraße zwischen der Kraftomnibuslinie (Außenring) und Linie 12 in Richtung Klein-Tschansch; umgekehrt auf die Omnibuslinie (Innenring).

10. Am Berliner Platz und Nikolai-Stadtbach von Linie 7 auf Linie 15 und 23 in Richtung nach dem Kleinbahnhof.

11. Durch die Rosentaler Straße zwischen Matthesstraße—Oberstraße und Rosentaler Straße, Ecke Kohlenstraße von der Linie 2 auf Linie 15 und umgekehrt.

Fleischvergiftung im Claassen'schen Siechenhause?

Von einer uns als zuverlässig bekannten Persönlichkeit wird uns mitgeteilt, daß im Claassen'schen Siechenhause über hundert Personen an Fleischvergiftung erkrankt sind. Wir müssen hier sofort die nötige Aufklärung über den Fall verlangen. Hieran soll die Firma Erbe sein. Die Untersuchung des Falles wird hoffentlich mit der nötigen Strenge erfolgen.

Politische Bildungskurse.

Nichts dürfte einem politisch denkenden Stadtbürger näher liegen, als sich mit der Verwaltung einer Kommune vertraut zu machen. Als ein erfahrener Praktiker auf diesem Gebiet hält unser Genosse Stadtrat Tisch in der Reihe der politischen Bildungskurse einen Vortrag über

"Kommunalpolitik".

Das Thema wird im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft in den kommenden vier Sonnabenden behandelt und sollte ein jeder die günstige Gelegenheit wahrnehmen, Wissenswertes und Praktisches als Bürger der Stadt sich anzueignen.

Der Kursus beginnt Sonnabend, den 27. Februar, 8 Uhr abends, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses. Die Gebühr ist auf 75 Pfg. für den Gesamtkursus festgesetzt.

Bürodirektor Günzels Pension.

Der frühere städtische Bürodirektor Günzel war, wie noch erinnerlich sein dürfte, vom Großen erweiterten Schöffengericht wegen Misserfolgs bei der Jubiläumsfeier unter Zwillingen mildnernden Umständen zu 1% Jahren Gefängnis verurteilt worden. Günzel hatte die Stadt um eine ganz erhebliche Summe erleichtert. Seine Verschwendungen waren aber erst nach seiner Pensionierung entdeckt worden. Durch Stadtverordnetenbeschluß war ihm zwar die Pension zugesprochen worden, doch der Magistrat weigerte sich, nach Bekanntwerden seiner Veruntreuungen, ihm die Pension weiter zu zahlen. Da Günzel aber auf Zahlung seiner Pension bestand, soll nunmehr der Bezirkssatzung angepasst werden. Sollte sich dieser ebenfalls auf den Standpunkt stellen, daß der Magistrat mit Recht die Zahlung der Pension verweigert, dann will Günzel den Prozeßweg beschreiten. Aber auch der Magistrat soll entschlossen sein, seine Entscheidung bis zur letzten Instanz zu versetzen. Wie wir weiter erfahren, hatte die Staatsanwaltschaft sowie auch Günzel gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt. Da aber die Staatsanwaltschaft, im Einverständnis mit dem Magistrat, die Berufung zurückgezogen hat, nahm auch Günzel die Berufung zurück.

Fritz Reuter-Avend.

Der Bildungsausschuss der Breslauer Arbeiterschaft veranstaltete gestern im Gewerkschaftshaus einen humoristisch-dramatischen Abend und hatte dafür den bekannten Rezitator Max Schröder gewonnen. Der nur schwache Beifall bewies in erster Linie die allgemeine soziale Notlage, in zweiter Linie unter Umständen, wie entfernt uns Ostsiedlern die von breiten, behaglichen dialektischen Verfassnörkelungen umrahmte Welt Fritz Reuters ist. Zugegeben, daß Max Schröder ein Rezitator von Talent, von Kultur ist, der mit Hilfe eines Knappen, aber dennoch stark mit Ausdruck erfüllten Gestus, den in kuriosen sprachlichen Formeln und Kontrasten verborgenen Humor des Dichters vermittelt. Außerdem hat die stimmliche Modulationsfähigkeit des Sprechers durchaus hinreichend Schattierungen, um den biederer und trauriger Figuren Reuters Gestalt und Klang zu geben, ist Schröder ein diskreter und füsselnder Rezitator. Er fund dank dieser Fähigkeiten auch Kontakte mit dem Publikum, löste Lachen, Beifall aus. Aber man merkte, wie die Schlesier gespannt auf der Lauer saßen, um sich keine Pointe von Hanne Rüte, Bommelstopp, Onkel Brösig entgehen zu lassen, um in deren von sprudelnd und auch stacheligen Hecken umströmte Welt einzudringen. Man kam eben zu Fritz Reuter, aber Fritz Reuter kam nicht so recht zu uns, zu uns hastigen, freudeniven, modernen Menschen, denen die Stille, Absonderlichkeit des Biedermeieraltags hoch oben an der Waterfront trotz ihrer Traulichkeit und Verträumtheit doch etwas unheimlich ungewohnt ist.

Staatsbehörden und Breslauer Wohnungsnott.

Zu den Notstandsaktionen der preußischen Regierung für Ober- und Niederschlesien schreibt uns der Magistrat:

Die Stadt Breslau ist, trotzdem die hier herrschende Wohnungsnott von den Staatsbehörden wiederholt anerkannt wurde, durch die staatlichen Verteilungsmaßnahmen auf das ärgste benachteiligt worden. Während Breslau von dem für Neubau-Zwecke bestimmten Anteil an der Haushaltsteuer an den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds abgeführt hat: im Rechnungsjahr 1924/25 über 1 500 000 Mark, im Rechnungsjahr 1925/26 rund 4 500 000 Mark, hat die Stadtgemeinde Breslau zur Förderung der Neubaufähigkeit zurückgehalten: im Rechnungsjahr 1924/25 314 000 Mark, im Rechnungsjahr 1925/26 1 900 000 Mark.

Während die Provinz Niederschlesien angeblich das Doppelte dessen erhalten hat, was von ihr an den Wohnungsfürsorgefonds abgeführt worden ist, hat die Stadtgemeinde Breslau noch lange nicht die Hälfte der von ihr abgeführt Beträge zurückgehalten. Es ist ein schlechter Trost für die Breslauer Wohnungsbauern, daß mit rund 3% Millionen Mark, die unter schweren Opfern und Erbürungen von der Breslauer Bevölkerung aufgebracht worden sind, anderwärts Wohnungen gebaut werden, während unsere Bevölkerung weiter unter dem durchdringenden Druck der Wohnungsnott leidet. Umso mehr muß die prinzipelle Forderung erhoben werden, daß der Landtag den in erster Linie des Gebäudeentzuldetungssteuergesetzes gefassten Beschluß den Gemeinden bzw. Kreisen 1%, dem Staat für seinen Ausgleichsfonds 2%, des für Neubauzwecke bestimmten Teiles der Haushaltsteuer zuguteleben — der Staatssatz hatte sogar nur 1% für den staatlichen Ausgleichsfonds vorgeschlagen — wieder herstellt und ihn nicht zum Nachteil der unter der ärgsten Wohnungsnott leidenden Gemeinden ändert, wie dies der Haupthaushalt des Landtages bei der zweiten Lesung des Gebäudeentzuldetungssteuergesetzes getan hat. Der Ausfall — für Breslau bedeutet er, daß etwa 150 Wohnungen weniger geschaffen, also etwa 600 wohnungslose Menschen weniger in extraktive Wohnverhältnisse überführt werden können — würde um so schwerer tragbar sein, als aus dem städtischen Neubauantell umso mehr auch die Mittel für die dringend notwendige Finanzierung von Hausinstanzen, zur Verbesserung weiteren Hauserwerbs entnommen werden sollen, wodurch die für Neubauzwecke verfügbaren Mittel ohnehin geschrumpft werden.

* Der südliche Garteninspektor Max Streblehrißt heute auf eine 25jährige Dienstzeit beim Magistrat Breslau zurück. Von 1901 bis November 1925 war er als Techniker in der Direktion, dann als Obergehilfe im Städtischen Bauamt

1. April 1915 wurde er zum Garteninspektor ernannt. Die Inspektion Süd umfaßt das Städtegebiet von der Berliner und Greifswalder Bahn einerseits und der Lößnitz andererseits. Im Süden reicht es bis weit über die Güterumgebungsstadt hin aus bis in den Landkreis hinunter, sowie städtischer Bereich oder Ansiedlungen des Breslauer Verschönerungsvereins in Frage kommen.

* Baugewerkskombination, Kombinierte Versammlung der Maurervertreter und Delegierte der Baumeister und der Stukkateure am Freitag, den 26. d. Mts., nachmittags 7½ Uhr, kleiner Saal, Gewerkschaftshaus. Tagesordnung von großer Bedeutung. Ohne Ausweis kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

* Einführung der Einheitsjustiz beim Magistrat. Der Magistrat hat beschlossen, für die städtische Verwaltung vom 1. April ab die Einheitsjustiz entsprechend den Reichsrichtlinien einzuführen. Von den am 1. April 1926 und später in die städtische Verwaltung eintretenden Beamten, die ihre Gangstelle von Gruppe IV an aufwärts haben, wird bei Eintritt in den Vorbereitungsdienst die Kenntnis der Einheitsjustiz verlangt.

* "Geologie auf Wanderungen." Im Rahmen der Veranstaltungen des Arbeitsamtes für die Schlesische Jugendbewegung spricht heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Mathiasgymnasium Dr. M. J. Wrede über "Geologie auf Wanderungen".erner findet am 4. März, gleichfalls 8 Uhr abends, im großen Saale der Neuen Börse, Graupenstraße 15, ein Lautenspielabend des bekannten Sängers Emil Duis statt. Karten zu beiden Veranstaltungen in der Buch-, Kunst- und Warenstube "Greif", Bischofsstraße 14 und an der Abendkasse.

* Geschäftseröffnung. Morgen, Freitag, wird die Feldstraße 25 gelegene Gastronomie von Paul Fellenbach eröffnet. Näheres siehe Inserat.

* Weg mit den Auspuffklappen! Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß an den zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeugen (Automobile, Motorräder) die Auspuffklappen zu entfernen und alle Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen, zu befehligen sind. Alle Fahrzeuge von Kraftfahrzeugen, die gegen diese Vorschriften verstößen,

* 19. Februar, Breitbachsche Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Firma Arndt, Städtische Lotterie-Einnahme, Breslau V. Edelhaus, Taurienseplatz 1, mitteilt, wurden nachstehende Gewinne gezogen. Ferner leistet uns die Firma Robert Mündt mit, daß der 2. Hauptgewinn der Deutschen Turnerschaft-Lotterie in ihre Kollekte auf Nr. 188 689 gefallen ist. Die glückliche Gewinnerin ist eine im vierten Stock wohnende arme Witwe.

500 000 Mark auf Nr. 62 099, 10 000 Mark Nr. 217 627, 231 517, 5000 Mark Nr. 22 479, 189 736, 245 509, 246 904, 3000 Mark Nr. 17 918, 21 059, 49 474, 79 281, 102 807, 119 356, 128 573, 17 611, 150 444, 156 526, 206 774, 281 410, 2000 Mark Nr. 7888, 67 840, 84 415, 104 677, 120 591, 150 730, 179 937, 220 901, 224 138, 228 520, 231 521, 250 847, 253 810, 271 935, 1500 Mark Nr. 17 677, 27 393, 40 719, 48 292, 60 393, 71 256, 78 475, 82 137, 88 225, 100 966, 112 232, 123 227, 128 302, 134 140, 136 258, 168 024, 168 003, 173 356, 178 269, 188 408, 201 462, 203 726, 206 317, 209 030, 210 722, 211 696, 222 168, 247 094, 249 425, 252 646, 253 179, 276 903, 278 350, 294 600, 298 065.

* Brand einer Wärmekabine. Gestern abend, kurz vor 11 Uhr, mußte die Feuerwehr nach der Räumungszeit auslaufen. Innerhalb des Sportplatz Schlesien brannte an der Umgebungsbahn eine auf dem Asphaltboden gelegene, innen mit Holz ausgesteckte Wärmekabine, die als Aufenthaltsraum dient. Vermutlich ist das Feuer durch herausfallende Glühende Kohlen aus dem Ofen entstanden; es wurde mit einer Schlauchleitung abgelöscht. Noch gärt eine 1½ stündige Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrunden.

Lobe-Theater.

"Cäsar und Cleopatra".

Die Welt hat sich in den letzten zwanzig Jahrhunderten wenig verändert. All die Wildheit, die Barbarei, die Dummheit des Mittelalters und alles Übrige, wovon wir Nebenleistung haben, daß sie in der Vergangenheit bestanden, bestehen noch in diesem Augenblick. So sieht Bernard Shaw, der genialste Dramatiker, seine Welt und in diesem Sinne darf er, anstatt eines jugendlichen Dramenmeisters, seinem Cäsar

Der Vorortzverkehr mit Obernigl.

stand wieder im Vordergrund der Beratungen der letzten Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Obernigler Verkehrsvereins. Dabei konnte berichtet werden, daß die Eisenbahndirektion Breslau heute nicht mehr den berechtigten Verkehrsforderungen so ablehnend gegenübersteht, wie es vor nicht allzu langer Zeit noch gewesen ist. Augenscheinlich schreibt ein Protest des Bahnhofsvereins gegen die in Weßfall gebrochene Schnellverbindung 12.50 Uhr von Breslau nach Obernigl. Dieser Zug hält jetzt auf allen Zwischenstationen, da die Bahnhofswartung den berechtigten Beschwerden der Zwischenstationen nachzugeben sich gespannt haben. In Hand von einwandfrei ermitteltem und aufgestelltem statistischen Material wurden die Verkehrszahlen von Obernigl denen der vier Zwischenstationen gegenübergestellt, die zusammen nicht im entferntesten die des Ortes Obernigl erreichen; sie weisen nicht einmal die Hälfte auf. Auch die Verhandlungen des Verkehrsverbandes mit der Reichsbahn wurden eingehend geschildert und ist das besondere Bestreben dieses Verbandes, einen eingeschränkten Zugverkehr mit den rund um Breslau liegenden Dörfern in 50 Kilometer Entfernung zu erfreuen. Die Reichsbahn hat alle vorgelegten Fragen in zufriedenden Summe beantwortet.

Die Krankenhilfe für die Gewerbslosen in Polnisch-Oberschlesien.

Um deren Errichtung viel verhandelt werden mußte, ist jetzt endgültig durch eine Verordnung des Ministers eingeführt und geregelt worden. Von 1. Februar an steht den Arbeitslosen in dringenden Fällen das Recht auf eine ärztliche Hilfe zu. Der Kranke hat Anspruch auf ärztliche Beratung und Behandlung, außerdem Zurverfügung von Arzneimitteln. In schwereren Fällen kann der Erkrankte, auf besonderen Antrag des ihm behandelnden Arztes mit vorheriger Genehmigung des ärztlichen Fürsorgebüros, durch einen Spezialarzt in einem Spital zw. Lazarett weiterbehandelt werden. Im allgemeinen erfolgt die Behandlung durch den Arzt in der Wohnung desselben, doch können die Kosten für die Überbringung zum Arzt bzw. ins Spital für solche Personen übernommen werden, denen es infolge ihrer Erkrankung absolut nicht möglich ist, bei dem betreffenden Arzt oder im Lazarett vorstellig zu werden.

Für die ärztliche Fürsorge kommen in Frage: 1. Solche Beschäftigungslose (Kopf- und Handarbeiter), die beim Arbeitsnachweisamt eingetragen sind und eine Gewerbslosenunterstützung beziehen; 2. ferner Arbeitslose, die bei den kommunalen Arbeitsnachweisämtern geführt werden, obwohl sie das Recht auf eine Arbeitsnachweisunterstützung vermissen haben; 3. schließlich Frauen sowie Kinder und Streetkinder (leichtere unter 15 Jahren) von den genannten Beschäftigungslosen.

Kämpf. In der ersten Stadtverordnetenversammlung wurde der Vorstand wiedergewählt. Er besteht aus den Mitgliedern: Kaufmann Kunert (Vorsitzender), Kanzlei Meier (stellvertretender Vorsitzender), Krankenhausdirektor Spätsger (1. Schriftführer) und Weinrich (stellvertretender Schriftführer), die alle dem bürgerlichen Ordnungsrat angehören. Die Staatsverschreitung in Höhe von rund 15 000 Mark wurden nachträglich genehmigt und Deckung bereitgestellt. Weiterhin wurde die Garantie summe von 1000 Mark für die Aufzehrungskasse Kämpf bewilligt. Desgleichen der Betrag zum Aufbau von 2 Stützen Land, um den bereits in Arbeit genommenen Sportplatz zu vergrößern. Als Notstandsarbeit soll der Schafschleif in einen Freizeit umgedeutet werden, wobei die Regierung allein 15 000 Mark zur Verfügung gestellt hat.

Reichenbach. Betriebs einschränkungen in der Textilindustrie. Im Gegensatz zu der bisher noch immer verhältnismäßig günstigen Arbeitslage des hiesigen Industriebezirks beginnt jetzt auch in den Textilbetrieben dieses Bezirks die Lage bedenklich ungünstig zu werden. So haben sich vorher zwei der größten Textilbetriebe zu ganz wesentlichen Betriebs einschränkungen veranlaßt gezwungen. Die Spinnerei von Kolnberger, die hunderte von Arbeitsmännern beschäftigt, arbeitet nur noch drei Tage in der Woche. Ebenso ist eine Arbeitsverkürzung bei den Großbetrieben der Weberei von Gebrüder Cohn eingetreten.

Striegau. Von einem umstürzenden Torpedoschiff verschüttet wurden in der Kohlenstraße drei Kinder der neunjährigen Familie einer Witwe. Hierbei starb ein fünf Jahre altes Mädchen infolge Schädelbrüts den Tod. Die beiden anderen Geschwister erlitten ebenfalls schwere Verletzungen, die aber vorwiegend nicht tödlich sein dürften.

Giebau. Die Tür verwechselt hat am Sonntag auf dem hiesigen Bahnhof eine ältere Frau, die sich in die Bedürfnisanstalt begeben wollte. Sie geriet in einen Privateingang und stürzte infolge der sehr mangelhaften Beleuchtung eine Kellertreppe hinab. Da sie mehrere Kopfverletzungen davontrug, wurde sie ins Krankenhaus gebracht.

Trebnitz. Die Einführung des neuen Ratscherrichter (Rc.) wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung vom Bürgermeister vorgenommen, wobei er in besonders ehrenden Worten der bisherigen neuen Mitarbeit des neu gewählten als Stadtverordneten gedankt. Dem Verein der Musik- und Theaterfreunde, der auf fulminalem Gebiete unermüdlich gutes geleistet hat, wurde zur Unterstützung seiner Arbeit eine einmalige Beihilfe gewährt. Für die Kinderbildung, die schon seit Anfang Februar durchgeführt wird, bewilligte das Stadtparlament gleichfalls eine größere Summe, um der großen Not unter den Kindern zu steuern.

Hels. Die Maul- und Klauenseuche verbreitet sich im Hiesigen Kreise immer weiter. Am dem Gehöft des Gutsbesitzers Kollbrenner in Jennewitz ist das Auftreten neu festgestellt worden. — Der Klau- und Viehmarkt, der dieser Tage hier abgehalten werden sollte, mußte wegen des Rüters dieser Seuche ausfallen.

Briesig. Schwangerenricht. In sechs Verhandlungen der 1. Schwangerenperiode mußte sich das Gericht allein in fünf Fällen auf Meinungsverschiedenheiten bejagen. In zwei Fällen wurde nur die Eindeutigkeit entsprochen, während in den anderen Fällen empfindliche Strafen festgesetzt werden mußten. Nur in einer Meinungsverschiedenheit wurde am Freitagabend erkannt werden, daß gegen sieben 7 Jahre Jünglings und 14 Jahre Chorleiter verhängt. Ein merkwürdiges Zeichen dafür, wie heute der Eid in jener Wichtigkeit geachtet wird.

Reitze. Die Geißel der Kriegswaffen fordert noch immer ihre Opfer. In der Gemeinde Großlobau bei Oberplogau hatte das kleine Dorfchen des Schmiedemeisters Pischke am Mittwoch auf dem Felde eine Tierhandgranate gefunden. Der erste 11 Jahre alte Bruder brachte sie zur Explosion. Das vier Jahre alte Schwesterling blieb mit völlig zerstörtem Unterleib auf der Stelle liegen. Die Kinder wurden beide hämische Abgänger und das Gefühl schrecklich verüstumt, jedoch auch er den qualvollen Zeiten erlag. Drei weitere Kinder erlitten leichten Verletzungen. Auch am Gebäude und dem Mobiliar in den Stuben wurde viel Schaden angerichtet.

Schleswig. Bezugnahme auf 1925. Schwer verangstigt ist in der Nachkriegszeit der Geschäftsrat der Hölzerne Kaiserreich aus Röbel. Er wurde dem Knapphoffsatzsatzett Westmünzig gezeigt und es wird längere Zeit dauern, ehe er wieder einsetzen möchte wird. Der Schäferkämmerer hinterläßt eine zärtliche Familie.

Wöchentliche Devisentafel der Berliner Börse

	am 21. Februar
1. Banken	20.37
1. Banken	1.165
1. Banken	19.67
1. Banken	19.71
1. Banken	19.79
1. Banken	20.00
1. Banken	19.61
2. Banken	19.50
2. Banken	1.160
2. Banken	19.55
2. Banken	19.63
2. Banken	19.70
2. Banken	19.75
2. Banken	19.80
2. Banken	19.85
2. Banken	19.90
2. Banken	19.95
2. Banken	20.00
2. Banken	20.05
2. Banken	20.10
2. Banken	20.15
2. Banken	20.20
2. Banken	20.25
2. Banken	20.30
2. Banken	20.35
2. Banken	20.40
2. Banken	20.45
2. Banken	20.50
2. Banken	20.55
2. Banken	20.60
2. Banken	20.65
2. Banken	20.70
2. Banken	20.75
2. Banken	20.80
2. Banken	20.85
2. Banken	20.90
2. Banken	20.95
2. Banken	21.00
2. Banken	21.05
2. Banken	21.10
2. Banken	21.15
2. Banken	21.20
2. Banken	21.25
2. Banken	21.30
2. Banken	21.35
2. Banken	21.40
2. Banken	21.45
2. Banken	21.50
2. Banken	21.55
2. Banken	21.60
2. Banken	21.65
2. Banken	21.70
2. Banken	21.75
2. Banken	21.80
2. Banken	21.85
2. Banken	21.90
2. Banken	21.95
2. Banken	22.00
2. Banken	22.05
2. Banken	22.10
2. Banken	22.15
2. Banken	22.20
2. Banken	22.25
2. Banken	22.30
2. Banken	22.35
2. Banken	22.40
2. Banken	22.45
2. Banken	22.50
2. Banken	22.55
2. Banken	22.60
2. Banken	22.65
2. Banken	22.70
2. Banken	22.75
2. Banken	22.80
2. Banken	22.85
2. Banken	22.90
2. Banken	22.95
2. Banken	23.00
2. Banken	23.05
2. Banken	23.10
2. Banken	23.15
2. Banken	23.20
2. Banken	23.25
2. Banken	23.30
2. Banken	23.35
2. Banken	23.40
2. Banken	23.45
2. Banken	23.50
2. Banken	23.55
2. Banken	23.60
2. Banken	23.65
2. Banken	23.70
2. Banken	23.75
2. Banken	23.80
2. Banken	23.85
2. Banken	23.90
2. Banken	23.95
2. Banken	24.00
2. Banken	24.05
2. Banken	24.10
2. Banken	24.15
2. Banken	24.20
2. Banken	24.25
2. Banken	24.30
2. Banken	24.35
2. Banken	24.40
2. Banken	24.45
2. Banken	24.50
2. Banken	24.55
2. Banken	24.60
2. Banken	24.65
2. Banken	24.70
2. Banken	24.75
2. Banken	24.80
2. Banken	24.85
2. Banken	24.90
2. Banken	24.95
2. Banken	25.00
2. Banken	25.05
2. Banken	25.10
2. Banken	25.15
2. Banken	25.20
2. Banken	25.25
2. Banken	25.30
2. Banken	25.35
2. Banken	25.40
2. Banken	25.45
2. Banken	25.50
2. Banken	25.55
2. Banken	25.60
2. Banken	25.65
2. Banken	25.70
2. Banken	25.75
2. Banken	25.80
2. Banken	25.85
2. Banken	25.90
2. Banken	25.95
2. Banken	26.00
2. Banken	26.05
2. Banken	26.10
2. Banken	26.15
2. Banken	26.20
2. Banken	26.25
2. Banken	26.30
2. Banken	26.35
2. Banken	26.40
2. Banken	26.45
2. Banken	26.50
2. Banken	26.55
2. Banken	26.60
2. Banken	26.65
2. Banken	26.70
2. Banken	26.75
2. Banken	26.80
2. Banken	26.85
2. Banken	26.90
2. Banken	26.95
2. Banken	27.00
2. Banken	27.05
2. Banken	27.10
2. Banken	27.15
2. Banken	27.20
2. Banken	27.25
2. Banken	27.30
2. Banken	27.35
2. Banken	27.40
2. Banken	27.45
2. Banken	27.50
2. Banken	27.55
2. Banken	27.60
2. Banken	27.65
2. Banken	27.70
2. Banken	27.75
2. Banken	27.80
2. Banken	27.85
2. Banken	27.90
2. Banken	27.95
2. Banken	28.00
2. Banken	28.05
2. Banken	28.10
2. Banken	28.15
2. Banken	28.20
2. Banken	28.25
2. Banken	28.30
2. Banken	28.35
2. Banken	28.40
2. Banken	28.45
2. Banken	28.50
2. Banken	28.55
2. Banken	28.60
2. Banken	28.65
2. Banken	28.70
2. Banken	28.75
2. Banken	28.80
2. Banken	28.85
2. Banken	28.90
2. Banken	28.95
2. Banken	29.00
2. Banken	29.05
2. Banken	29.10
2. Banken	29.15
2. Banken	29.20
2. Banken	29.25
2. Banken	29.30
2. Banken	29.35
2. Banken	29.40
2. Banken	29.45
2. Banken	29.50
2. Banken	29.55
2. Banken	29.60
2. Banken	29.65
2. Banken	29.70
2. Banken	29.75
2. Banken	29.80
2. Banken	29.85
2. Banken	29.90
2. Banken</td	

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Montag, 22. Februar, abends 10^{1/2} Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Heimgebaute

Ernst Klose

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Bereidigung: Freitag, 26. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Neuen St. Maria-Magdalenen-Friedhofe, Löbshütte.

Einheiterverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 22. Februar verstarb unser Vertrauensmann, der Telegraphen-Mechanikus

Erich Tschauner

von der Telegrafen-Werkstatt, im Alter v. 30 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Bereidigung: Donnerstag, 25. Februar, nachmittags

2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des St. Mauritius-

Friedhofes. — Um rege Beteiligung wird gebeten.

Krätenunterstützungsbund der Schneider
Jahrestelle Breslau.

Generalversammlung

Sonntagnachmittag, den 27. Februar 1926, abends 7^{1/2} Uhr
im Rassenlokal, Mauerstraße 27.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1925.

2. Schreshericht.

3. Neuwahl der Ortsverwaltung.

4. Vergnügungen.

Jahrlieches Ernehen der Mitglieder ist notwendig.

Das Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Umnischen-Damenhüter
auf moderne Formen schnellstens
in eigener Fabrik
Bestellungen erbitte rechtzeitig
zu späten großen Anhänger wegen
M. Gieschauer
Reuschestr. 47

RJF Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Ortsgruppe Breslau.

Zu der am
Samstag, d. 28. Februar, nachm. 4 Uhr pflichtl.
auf dem Ehrenfriedhof Cosel
vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge E. V.
veranstalteten

Gedenkfeier

für unsere gefallenen Kameraden

laden wir die Mitglieder der Synagogen-Gemeinde, insbesondere
die Angehörigen der Gefallenen, hierdurch ein. Der Vorstand.

Für verstärkten Wagenverkehr der Linie 6 und Omnibus-Verbindung

von „Letzten Heller“ aus haben wir Sorge getragen.

Für kriegsbeschädigte Mitglieder steht ein Wagen an der Endstation

der Straßenbahn zur kostenlosen Benutzung zur Verfügung. 3317



Meine

heutigen Preise:

Landleber- und Preiswurst

bringe ich nicht nur ganz billig, sondern auch,
wie sich jeder überzeugen mag, in bester Her-
stellung zum Verkauf . . . 1 Pfl.

1.00

Knoblauchwurst

aus bestem hiesigen Rindfleisch hergestellt,
verkaufe ich wiederum . . . 1 Pfl.

0.80

Kohlschleber- u. Hausmacherleberwurst

Auf diese Sorten weise ich besonders hin. Sie
sind erste Fabrikate, und jeder Feinschmecker
wird mit ihnen zufrieden . . . 1 Pfl.

1.80

Fr. dicker Speck u. Lungenfett

kostet wiederum nur . . . 1 Pfl.

1.10

Ger. Rippchen u. Bauchfleisch

1 Pfl.

1.40

Bestes Rindfleisch ohne Knochen

Ich bringe in meinen Geschäften dieses Fleisch vom Meisterküchenmeister
zum Verkauf. Dasselbe ist zwar etwas teurer, jedoch erheblich
als das Fleisch von angemessenen Tieren und von
höchster Nährwert. Außerdem führe ich noch
Rindfleisch ohne Knochen 1 Pfl. 1 Mk. 1 Pfl.

1.20

sowie sämtliche andere Wurst- u. Fleischwaren

zu billigsten Tagespreisen.

Beachten Sie meine Verkaufsstellen!

August Schneide

Wurst- und Fleischwarenfabrik.

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783

10783